

Politische Bildung in der Demokratie

Es ließe sich darüber streiten, ob der Ausdruck „Politische Bildung“ gut gewählt ist. Er könnte zum Beispiel andeuten, was manche erschreckte Zeitgenossen auch glauben, die Bildung solle nun mit einer Art politischer, vielleicht sogar parteipolitischer Tünche überzogen werden. Manche andere haben befürchtet, der naturwissenschaftlich-technischen oder der „geisteswissenschaftlich“ orientierten solle nun eine „politische“ Bildung an die Seite gestellt werden. Damit würden in der Tat bestimmte Lebensbereiche unserer Kultur gewaltsam getrennt, wie wir es auf politischem Gebiet seit langem erleben durch die Aufspaltung in Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und — Kulturpolitik! Diese geradezu hermetische Abschließung der Kulturpolitik von der allgemeinen Politik hat es — zum Schaden beider — mit sich gebracht, daß die Kulturpolitik als eine Art Sonntagsbeilage zur Politik mit etwas gehobenen Ansprüchen erscheint, damit die übrige Politik, davon „unbelastet“, um so anspruchsloser als die Verwirklichung des Rechts des Stärkeren auftreten kann.

„Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein!“ Bei nur wenigen Worten scheint uns dies so dringend zu sein wie bei dem von der politischen Bildung. Versuchen wir also, der Begriffsbestimmung der politischen Bildung näherzukommen, uns also bei den Worten etwas zu denken.

Die Warnungen der Vergangenheit

Als der erste Weltkrieg ausbrach, folgten die Völker im wesentlichen ihren Regierungen. Die Parlamente bewilligten ihnen die Kriegskredite im Vertrauen darauf, daß es dabei um einen Verteidigungskrieg und um die Wahrung der höchsten Interessen ging. Nach dem Kriege hörten wir von einem der verantwortlichen Führer seines Volkes, von *Lloyd George*, daß man eigentlich nicht genau wüßte, wie es zu diesem Krieg gekommen sei. Er hätte auch vermieden werden können, aber die Völker seien eben in ihn „hineingeschliddert“.

Am Ende des ersten Weltkrieges wurde nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches die Weimarer Republik ins Leben gerufen. Sie schuf die freieste Verfassung der Welt, sie brachte große Reformen auf sozialpolitischem, arbeitsrechtlichem und kulturellem Gebiet. Sie baute politische Institutionen auf, die die Staatsbürger als mündige Wesen behandelten und ihnen die staatsbürgerlichen Rechte der Gedanken-, Presse- und Koalitionsfreiheit sicherten. Der Freiheit war eine breite Gasse gebahnt. Und dennoch gelang es dem Trommler von Braunau, finanziell unterstützt von mächtigen Totengräbern der Demokratie, einem großen Teil des Volkes weiszumachen, daß die Schuld an der Inflation, an der Wirtschaftskrise, am Versailler Vertrag und an allem anderen Unglück des deutschen Volkes die materialistischen und internationalen Marxisten, das raffende, natürlich jüdische Kapital, das plutokratische Ausland und die hinter ihm stehenden Weisen von Zion trügen. Die von den Einsichtigen vorher verbreitete und leicht einsehbare Erkenntnis, daß Hitler den Krieg bedeute, wurde von vielen erst geglaubt, als sie durch die schreckliche Erfahrung des zweiten Weltkrieges bestätigt worden war, den der nach dem ersten Weltkrieg geschaffene Völkerbund nicht hatte verhindern können.

Und heute? Uns allen steckt noch der Schrecken in den Gliedern: Vor einigen Wochen standen wir offenbar wieder dicht vor dem Abgrund eines neuen Weltkrieges. Aber in dieser Situation zeigte sich doch ein neues Element: So bereitwillig wie früher ist man heute nicht mehr, in einen Weltkrieg hineinzuschliddern. Die Völker sind nicht mehr so einfach zu bewegen, sich zur Schlachtbank führen und sich hinterher ihre Vertrauensseligkeit vorwerfen zu lassen. Was in Englands neuerer Geschichte niemals vorgekommen ist, geschah — die nationale Einheit, die in schweren Krisen- und Kriegszeiten in England als

POLITISCHE BILDUNG IN DER DEMOKRATIE

ungeschriebenes Gesetz respektiert wird, brach auseinander. Ein großer Teil des englischen Volkes berannte nicht den Kriegsgegner, sondern seine eigene, die englische Regierung. Und das geschah nicht etwa aus Parteiegoismus oder nationaler Feigheit, sondern im Zeichen der Wahrung der Menschenrechte, die ihren organisatorischen Niederschlag in der Einrichtung der Vereinten Nationen gefunden haben. Diese selber, durch die weitaus größte Zahl der angeschlossenen Staaten darin gestützt, konnten die Angreifer in die Schranken weisen.

Dies alles zeigt, daß die Wachsamkeit und die Entschlußbereitschaft der Völker und die Funktionsfähigkeit der zu ihrem Schutz gegründeten Organisationen gestiegen ist. Es macht aber gleichzeitig auch eindringlich klar, daß wir bisher keineswegs das Höchstmaß an Wachsamkeit und ein Höchstmaß an funktionierenden Einrichtungen zum Schutz der Demokratie und des Friedens aufgebracht haben. Wenn wir diese Wachsamkeit und diese Entschlossenheit nicht immer mehr steigern, sind wir nicht davor gesichert, von Fall zu Fall in eine Krise zu geraten, die uns aufs neue in eine Katastrophe führt.

Die Demokratie kann nur leben, wenn sie sich dieser dauernden Gefahren immer bewußt ist. Solche Gefahren rechtzeitig zu erkennen und ihnen vorzubeugen, ist nur möglich, wenn wir die Aufgabe der politischen Bildung eines Volkes ernst nehmen. Sie ist für die Demokratie eine öffentliche und im wahrsten Sinne lebenswichtige Aufgabe

Wissenschaft und Politik in der Demokratie

Für Leben und Gedeihen des demokratischen Staates und seiner Bürger ist das Volk verantwortlich. Das gibt ihm nicht nur Rechte, sondern das legt ihm auch Pflichten auf. Die Regierung kontrollieren heißt nicht, die Verantwortung für das Wohl von Volk und Staat auf die Regierung und auf ihre Bürokratie abschieben, weil die alles besser wüßten. Die Kunst der Gestaltung des öffentlichen Lebens nennen wir Politik. An dieser Gestaltung sich wirksam zu beteiligen, ist demokratische Verpflichtung jedes einzelnen. Dieser Verpflichtung kann er nur genügen, die öffentlichen Einrichtungen können nur dann funktionieren, wenn wirklich jedem einzelnen möglichst gründlich zur Kenntnis gebracht wird, was sein und unser aller Schicksal entscheidend mitbedingt: nämlich die sozialen Tatsachen und ihre Verflechtungen. Schon hier kommen wir ohne die Gesellschaftswissenschaften nicht aus, ohne deren Arbeiten wir unsere immer komplizierter werdende gesellschaftliche Situation nicht mehr erkennen und also auch nicht deuten können.

Aber das allein genügt nicht. Hand in Hand mit dieser Tatsachenkenntnis muß die Einsicht in den Wert demokratischer Einrichtungen und einer demokratischen Lebenshaltung vermittelt werden. Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und die Überzeugung vom überragenden Wert der Demokratie ergeben auf der Grundlage der Institutionen und der Spielregeln des demokratischen Staates mit den freien Wahlen und der Möglichkeit friedlicher Ablösung der Regierungen ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Toleranz zwischen Gruppen und einzelnen.

Dies ist der ideale Sinn der Demokratie. Seine Verwirklichung ist dauernd gefährdet durch den Machtkampf großer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessengruppen, die bestrebt sind, die Staatsmacht in den Dienst ihrer Sonderzwecke zu stellen, statt diese Sonderzwecke einzuordnen in gemeinsame Anstrengungen zum Wohle des Ganzen. Darüber hat sich unter anderen *Theodor Eschenburg* ausgelassen in seinem Buch: „Die Herrschaft der Verbände“, in dem er trotz des etwas reißerischen Titels und Stils das eigentliche Problem deutlich sieht.

Die erste industrielle Revolution hat den Ertrag der Arbeitskraft außerordentlich gesteigert und die Lebenshaltung im Ganzen erhöht. Aber sie hat auch zu einer gewaltigen monopolistischen Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht geführt, die der Arbeiterschaft unerhörte Opfer zugemutet hat. Die zweite industrielle Revolution aber läßt — obwohl die Arbeiterschaft heute besser darauf vorbereitet ist — eine noch ungleich

größere Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht voraussehen, verbunden mit einer ständig steigenden technischen Möglichkeit der physischen Beherrschung der Menschen und der psychologischen Lenkung der Meinungsbildung. Dies verstärkt die Möglichkeit des Machtmißbrauchs, einer Sinnentleerung demokratischer Institutionen, es fördert die Gleichmütigkeit des Konformismus und damit die Anfälligkeit für die Unterwerfung unter totalitäre Lebens- und Staatsformen.

Nur ein urteilsfähiges und zu verantwortungsvoller politischer Mitwirkung bereites Volk wird mit diesen Gefahren fertig werden. Und nur unter dieser Voraussetzung kann die ungeheure Entwicklung der Naturwissenschaft und der Technik statt zum Fluch für viele zum Segen für alle werden.

Hier liegt insbesondere für die demokratische Arbeiterbewegung eine drängende Aufgabe. Ihr hundertjähriger Kampf um die Befreiung der Menschen aus geistiger und wirtschaftlicher Hörigkeit findet in dieser neuen Aufgabe nur eine Bestätigung ihrer alten. Der demokratische Sozialismus und die Arbeiterbewegung bedürfen der Wissenschaft, und die Wissenschaft wird sich im Sozialismus frei entfalten können, gerade weil er sie als freie Wissenschaft braucht. Sie hat bereits an der Wiege der modernen Arbeiterbewegung gestanden, diese hat ihre Bedeutung niemals verkannt und braucht ihre Ergebnisse nicht zu fürchten. Das von uns immer geforderte Bündnis zwischen Wissenschaft, Bildung und Politik steht heute vor seiner größten Bewährungsprobe. Wir sehen darin den besten und, wie die Dinge heute liegen, einzigen Schutz gegen jede offene oder verkappte Diktatur. Man kann beinahe als politisches Axiom den Satz aufstellen: Eine Regierung, die nichts für die Wissenschaft übrig hat, hat dem Volk etwas zu verbergen!

Aber hat nicht auch die kommunistische Diktatur etwas für die Wissenschaft getan? Ist sie den Demokratien darin nicht zum Teil überlegen? Die Entwicklung der Wissenschaft in den Diktaturen widerspricht unserer Behauptung in keiner Weise. Man fördert dort die Wissenschaft nur soweit, wie man sie für die Zwecke der Diktatur braucht: für Rüstungszwecke, für die Technisierung der Wirtschaft und für die möglichst vollkommene Beherrschung der öffentlichen Meinungsbildung. Die Freiheit der Wissenschaft ist in den Diktaturen so wenig gestattet wie irgendeine andere Freiheit! Ein Staatsrechtler, ein Philosoph oder ein Pädagoge sollten einmal wagen, ihre eigene wissenschaftliche Meinung auszudrücken, dann würde sich sofort zeigen, was es mit der wissenschaftlichen Grundlage der Diktaturen auf sich hat. Die Wissenschaft gilt bei ihnen als eine zum Teil nützliche Magd, als Bundesgenosse ist sie *nicht* zugelassen.

Freilich kommt die Diktatur dabei in ein Dilemma: sie braucht denkende Menschen — wie sollten diese sonst elektronische Maschinen erfinden, bedienen und verstehen! Aber diese Menschen sollen gleichzeitig ihre politischen Diktatoren für Wesen halten, die auf geradezu magische Weise erfahren haben, was dem Volke am besten frommt, und die in schlafwandlerischer Sicherheit nur den wahren Interessen des Volkes dienen. Wissenschaft und magisches Denken aber schließen einander aus! Wer die Freiheit in einem Teil der Wahrheitsforschung kennengelernt hat, der läßt sich auf die Dauer die Freiheit seiner Lebensgestaltung, den Inhalt seiner Menschenwürde, nicht durch Diktatoren stehlen. Nicht zufällig stehen an der Spitze moderner Freiheitsbewegungen Studenten und Arbeiter — die Leidenden und die Denkenden.

Politische Bildung muß frei und allgemein sein

Für die politische Bildung reicht es nicht aus, dem einzelnen zu erklären, er habe sich politisch zu bilden. Noch weniger darf man sich darauf zurückziehen, etwa dem Staat den Inhalt der politischen Bildung zu übertragen. Denn diese Bildung soll ja gerade dazu erziehen, auch die Staatsgeschäfte wie das gesamte öffentliche Leben zu erkennen, zu beurteilen und zu kontrollieren. Der Staat aber ist kein mystisches Neutrum. Er wird repräsentiert durch die jeweilige Regierung. Und diese wird immer versucht sein, die Meinungsbildung in

einem ihr genehmen Sinne zu lenken. Das aber wäre der Tod jeder freien Meinungsbildung und jeder demokratischen Kontrolle. Der Staat hat nur darauf zu sehen, daß die Meinungsbildung im Rahmen der demokratischen Grundlagen erfolgt — die Kontrolle darüber, ob die demokratischen Aufgaben in richtiger Weise verwirklicht werden, soll der Staatsbürger ausüben. Er muß sich seine Meinung bilden ohne Rücksicht darauf, was die Regierung für richtig hält! Nur so sind Volksproteste wie der in England möglich.

Deshalb braucht der demokratische Staat die Freiheit der Presse und die Unabhängigkeit des Rundfunks, zweier Einrichtungen also, die als Tatsachenvermittler, Kommentatoren von Tatsachen und als Diskussionsplattformen heute noch den erheblichsten Beitrag zur Meinungsbildung der Erwachsenen leisten. Wie schwierig es ist, die Freiheit der Presse und die Unabhängigkeit des Rundfunks faktisch zu sichern, ist allen bekannt. Zensurfreiheit allein ist zwar notwendig, reicht aber nicht aus. Die verschiedenen Anschläge auf die Freiheit von Presse und Rundfunk müssen dauernd abgewehrt werden. Dies erfordert politische Entscheidungen.

Aber beide Einrichtungen setzen eigentlich schon ein halbwegs urteilsfähiges Publikum voraus, das heute nicht vorausgesetzt werden darf. Und hier entsteht oft ein Mißverständnis der politischen Bildung, das ausgeräumt werden muß. Die politische Bildung, die ja diesem Mangel abhelfen soll, und die weitgehend in der Erwachsenenbildung ihren Platz haben wird, ist keine Art von Nachhilfeunterricht für die in der „Volksschule“ schlecht Weggekommenen. Man hat dem „Volk“ in der Volksschule zwar in der Tat einen großen Teil seines Kulturerbes vorenthalten, dem Volk, das heute noch zu über 90 vH fast seine gesamte Bildung in der Volksschule erhält. Aber das steht auf einem anderen Blatt, dem des Bildungsmonopols. Politisch gebildet werden muß heute nicht nur der Volksschüler, das Volk, „der große Lämmel“, wie *Heine* ihn grob, oder der „Mann von der Straße“, der „einfache Mensch“, wie man ihn heute wohlwollend nennt. Der politischen Bildung bedürfen auch und gerade die „Gebildeten“, denn viele von ihnen halten sich in dem Maße für gebildeter, in dem sie für die Politik kein Verständnis aufbringen. Was soll man etwa von einem verantwortlichen Minister unserer Tage halten, der in Zeiten schwerster Krise nichts Besseres zu sagen weiß, als daß seine Verbündeten in der Lage seien, „die Sowjet-Union von der Landkarte zu streichen“! Eine Behauptung, die neben ihrer Frivolität noch ins Lächerliche geht — denn zwei der „Verbündeten“ dieses Ministers haben zu gleicher Zeit mit ihrem Versuch, in Ägypten die politische Landkarte zu verändern, ins Leere gegriffen, weil ihre politische Bildung offenbar auch nicht weiter reichte als die ihres bundesrepublikanischen Verbündeten.

Politische Bildung ist für alle und zu jeder Zeit nötig. Deshalb muß sie bereits in der Schule beginnen. Für jeden Staatsbürger müssen darüber hinaus Einrichtungen geschaffen werden, die es ihm das ganze Leben hindurch ermöglichen, seine politischen Fähigkeiten und sein politisches Urteil zu bilden. Dazu bedarf es freier Meinungsbildungs- und Erziehungsorganisationen. Jede Initiative solcher Organisationen und Gruppen sollte der Staat begrüßen und unterstützen. Sie ist möglich in Volkshochschulen, freien Bildungswerken, in den Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und anderen Verbänden.

Die Schule als Erziehung zur Demokratie

Halten wir also fest, daß politische Bildung Tatsachenkenntnis und Erziehung zum demokratischen Staatsbürger bedeutet. Das heißt zunächst, daß jede Annäherung an eine obrigkeitsstaatliche Erziehung, auch jedes bloß autoritäre Verhalten des Lehrers, einer demokratischen Erziehung strikt entgegenstehen. Durch unsere ganze heutige Schulgestaltung wird der Lehrer beinahe zu einem autoritären Verhalten gezwungen, weil der gesamte Unterricht ausschließlich (wie die Schule es vorschreibt) vom Lehrer bestimmt wird, der sich über einen anderen Gegenstand des Unterrichts mit seinen Schülern gar nicht verständigen dürfte, selbst wenn er es wollte. Denn er hat ja seinen Lehrplan abzuhandeln.

Ob der Schüler diesen Lehrplan seinen Interessen entsprechend findet, bleibt reiner Zufall — meist muß er sich überreden lassen, das, was er in der Schule lernt, sei für ihn von außerordentlicher Bedeutung, was er oft nicht nur nicht einsieht, sondern was ebensooft auch gar nicht wahr ist. Über die vielen Versuche guter Pädagogen, diesem Dilemma zu entgehen, auch über eine Reihe ausgezeichneter Schalexperimente kann und soll hier nicht gesprochen werden. Aber wer eine gute und wirksame Erziehung zur Demokratie wünscht, kann diese Versuche gar nicht ernst genug nehmen.

Der Schüler muß die Schule als gesellschaftliche Einrichtung erleben, deren Sinn er begreift. Damit beginnt die politische Bildung, auch wenn man das Wort nicht in den Stundenplan aufnimmt. Schüler und Lehrer sollen also möglichst miteinander das Leben der Schule gestalten. Gesamtunterricht, Arbeitsunterricht, Gruppenunterricht und Arbeitsgemeinschaften unterstützen die gesellschaftliche und demokratische Erziehung, indem sie die geistige Selbsttätigkeit der Jugend wecken. Mitverantwortung für die Haltung der Klasse, Hilfe für schwächere und kleinere Kinder stärken das Verantwortungsgefühl.

Alle Formen der Schülermitverwaltung, der Schulgemeinde, des Schülergerichts, die Einrichtung von Schulforen sind ein unerläßlicher Bestandteil der Erziehung zur Demokratie, weil sie zur Bildung eines eigenen Urteils führen und zur Verantwortung hinführen. Die Schülermitverwaltung kann ihren erzieherischen Zweck verfehlen, wenn sie nur so aufgezogen wird, daß der Schüler Arbeiten übernimmt, die anderen zu unbequem sind, oder wenn er überhaupt keine eigene Verantwortung trägt. Eine notwendige Entlastung für den Lehrer kann der Schüler einsehen und als gute Aufgabe für sich begreifen. Deshalb sollte eine möglichst weitgehende Selbstverantwortung und wenn möglich Entscheidungsbefugnis mit solchen Aufgaben verbunden werden, und seien sie scheinbar noch so unbedeutend.

Viele Lehrer werden uns an dieser Stelle vorwerfen, daß wir sie überfordern. Zu den vielen Aufgaben der Schule sollen sie also jetzt noch neue übernehmen — bei 30 Wochenstunden Unterricht, Schichtunterricht und Klassenstärken von 45 Kindern und mehr? Jeder wird diesen Notschrei begreifen und zugeben, daß selbstverständlich unser gesamtes Schulwesen einen erheblichen Umbau erfordert. Aber auch bevor dieser Umbau beschlossen ist, muß die politische Bildung eingebaut werden.

Viele Fächer sind geeignet, auch der politischen Erziehung zu dienen. Der Geschichtsunterricht bis in die Zeitgeschichte hinein, die der Schüler miterlebt hat oder die ihm aus der Erfahrung seiner Familie geschildert wird, kann ihm den Sinn für politisches Geschehen, für Versagen, Schuld und Schicksal und für den Erfolg politischer Bestrebungen und politischer Persönlichkeiten öffnen. So würde z. B. der Geschichtsunterricht sein Ziel verfehlen, wenn der Lehrer angesichts der Trümmer seiner Stadt zwar erzählt, daß amerikanische und britische Bomben die Stadt in Asche gelegt haben, dann aber hinzuzufügen vergißt, daß Hitler den Krieg begonnen hat — und wer das war.

Der junge Mensch muß entsprechend seinem Reifegrad mit den wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen selber vertraut werden. Die Beziehungen innerhalb der Familie, der Aufbau seiner Gemeinde und seines Landes, das Verhältnis zwischen diesen und das zum Bund, die über- und zwischenstaatlichen Einrichtungen (Europarat, Vereinte Nationen, OEEC z. B.) müssen ihm klarwerden. Kann es einen geeigneteren Ausgangspunkt dafür geben als die Ereignisse in Ägypten und Ungarn und ihre Behandlung durch die Vereinten Nationen? Aber der junge Mensch darf über dies nicht nur theoretisch unterrichtet werden, sondern soll diese Organisationen möglichst persönlich in Wirksamkeit beobachten können. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Parteien und Organe der öffentlichen Meinungsbildung soll er aus eigener Anschauung kennen und beurteilen lernen. Insbesondere sollen Vertreter dieser Organisationen möglichst häufig zu Vorträgen und Diskussionen in die Schulen eingeladen werden, und die Schüler sollen die Sitzungen der parlamentarischen Körperschaften besuchen. Die Kenntnis des poli-

tischen und gesellschaftlichen Lebens wird nur insofern für die Erziehung und die politische Bildung wirksam, als sie den Schüler erkennen läßt, wieviel Tatsachen und Umstände oft bedacht werden müssen, bevor man ein begründetes und verantwortungsbehaftetes Urteil über Tatbestände fällen kann. So sehr wir die weitverbreitete Unfähigkeit, ein begründetes politisches Urteil abzugeben, beklagen mögen — es wird uns nicht besser gehen, wenn wir statt dessen durch voreilige Alles-besser-Wisser politisch bedient werden.

Diese für das politische Leben unerläßliche Übung in der Urteilsfindung kann an fast allen Lehrgegenständen praktisch betrieben werden. Im Deutschunterricht sollte man nicht das Kulturerbe als Vorrat vorführen, sondern die Auswahl des Stoffes nach seiner Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft bestimmen.

Für die berufsbildenden Schulen besteht die besondere Gefahr, daß sie die Schüler nur auf ihren Beruf hinlenken und sie damit vom gesellschaftlichen Geschehen geradezu abschließen. Von den besonderen Erfahrungen jedes Berufs aus aber können die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse der Gegenwart mühelos erörtert werden. Die Verpflichtung, seinen Beruf gründlich zu erlernen, muß Hand in Hand gehen mit der Verpflichtung, sich auf die politischen Realitäten und ihre Bewältigung vorzubereiten, denen der Berufsschüler ohnehin schon weit intensiver ausgesetzt ist als seine Altersgenossen, die noch nicht im Produktionsprozeß stehen.

Der Lehrer in der politischen Bildung

An den Hochschulen und Lehrerbildungsstätten muß die Einrichtung von Lehrstühlen für politische Wissenschaften eine Selbstverständlichkeit werden. Die ständige Einrichtung von Seminaren und Foren für politische Bildung kann hier gar nicht großzügig genug ausgestaltet werden. Freilich genügt es nicht, solche Gelegenheiten für die politische Bildung zu schaffen. Sie müssen auch genutzt werden. Bei der Belastung der Studenten ist es verständlich, wenn sie Vorlesungen, die zu hören sie nicht verpflichtet sind, auslassen. Hochschulstudenten, die eine staatliche Prüfung ablegen wollen, sollten deshalb nachzuweisen haben, daß sie während zweier Semester mindestens je eine Vorlesung und je eine Übung oder ein Seminar aus dem Gebiet der politischen Wissenschaften besucht haben. Für Hochschulstudenten, die einen Lehrberuf wählen, erstreckt sich diese Verpflichtung auf mindestens vier Semester. Ihre Lehramtsprüfungen werden auch diese Gebiete umfassen. Es sollte keine Lehrer an irgendwelchen Schularten geben, die ohne Prüfung ihrer politischen Bildung zugelassen werden. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß dies alles für den Lehrer nicht *die* Belastung zu sein braucht, als die es sich auf den ersten Blick darstellt. Er muß im wesentlichen nur eine politische Phantasie entwickeln, die ihn bewegt, den Lehrstoff und die Lehrtätigkeit in eine unverkrampfte Beziehung zum politischen Leben zu bringen.

Die Sorge vor einer bei der Prüfung in politischer Bildung möglichen „Gesinnungsschnüffelei“ ist nicht völlig unbegründet. Man könnte ihr vielleicht vorbeugen, wenn man zu der Prüfung unabhängige Beisitzer, Parlamentsabgeordnete etwa, hinzuzöge, die natürlich in das Prüfungsergebnis nicht dreinzureden hätten.

Der künftige Lehrer und sein Prüfer dürfen die politische Bildung selbstverständlich nicht mit Propaganda für eine bestimmte Weltanschauung oder politische Richtung ertauschen. Das wäre keine politische Bildung, sondern Gesinnungsdrill. Diese Ablehnung sollte andererseits nicht zu dem Mißverständnis führen, als wenn ein Lehrer, der dieser Anforderung genügen will, keine eigene Meinung haben oder aussprechen dürfe. Seine Schüler werden, je weiter ihre politische Erziehung gediehen ist und je vertrauensvoller sie ihrem Lehrer gegenüberstehen, von ihrem Erzieher, der sie politisch bilden soll, selbstverständlich erwarten, daß er selber eine Meinung hat — sonst wäre ja die politische Bildung bei ihm selber mißlungen. Seine Meinung aussprechen, heißt bei einem richtigen Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern keineswegs, daß diese Meinung von Schülern als

für sie verbindlich aufgefaßt wird. Sie erfahren vielmehr den für die Demokratie wesentlichen Wesenszug, daß man in seinen sittlichen und rechtlichen Werthaltungen, also in der Schätzung der Demokratie, völlig übereinstimmen kann, ohne dabei die verschiedenen persönlichen, politischen und religiösen Überzeugungen preiszugeben. Das ist sogar die bedeutendste Erfahrung, die der Schüler für sein Leben in einem demokratischen Staat mitbekommen kann.

Lehrer, die während ihrer Ausbildung sich noch nicht mit politischer Bildung befassen konnten, sollten Gelegenheit haben, diese in Fortbildungskursen nachzuholen. Die Jugend darf nicht für mangelhafte Ausbildung ihrer Erzieher büßen müssen. Auch die Demokratie in Deutschland kann sich das nicht leisten.

In der Ausbildung der Jugendführer und Jugendleiter in der freien Jugendarbeit sollte die politische Bildung eine hervorragende Stelle einnehmen. Da die Jugendleiter im wesentlichen ihren gewöhnlichen Urlaub im Interesse der Jugendarbeit verbrauchen, in Zeltlagern und Kursen, sollten sie einen gesetzlich garantierten zusätzlichen Urlaub erhalten. Die dem Arbeitgeber dabei entstehenden Mehrkosten müßte die Öffentliche Hand übernehmen. Ein abgehetzter und ausgepumpter Jugendführer kann keine Erziehungsarbeit leisten.

Erwachsenenbildung — Sinn der Begegnungen

Jede politische Bildung in der Jugendzeit kann im wesentlichen nur Vorarbeit leisten für die Zeit, in der der Mensch wirklich politische Entscheidungen zu treffen hat. Die Erwachsenenbildung, deren Ziel mit keinem Lebensalter erreicht ist, wird damit die eigentlich entscheidende politische Bildungsstätte. Ihre vielseitigen und vielgestaltigen Möglichkeiten umfassen unter anderem: Besuch der Kommunal-, Länder- und Bundesparlamente, Studium von Tageszeitungen, Diskussionen, Seminare, „Begegnungen“, Studienfahrten im In- und Ausland. Sie gibt aber auch die Chance, die Literatur, die Kunst, den Film zu erörtern, die Probleme zu sehen und das eigene Urteil an dem des Schriftstellers, des Künstlers und der Filmhandlung und -darstellung zu messen und in Gemeinschaft mit anderen zu bilden. Der Hauptwert dieser Arbeit liegt in den ständigen Diskussionen auch und gerade mit Andersdenkenden. Denn die Funktionsfähigkeit der Demokratie gründet sich auf die Tatsache, daß auch in unserer vielgestaltigen modernen Gesellschaft die Menschen im Grunde viel mehr verbindet als sie trennt. Und es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Erziehung, insbesondere der Erwachsenenbildung, den Menschen dieses Verbindende bewußt zu machen.

Das ist mir sehr überzeugend klar geworden in einer Reihe von Begegnungen, die wir in der Heimvolkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet haben. Es ging dabei um so umstrittene Dinge wie das Eigentum an den Produktionsmitteln, um die Quelle der Verantwortlichkeit für öffentliches Wirken, um die Rolle der Manager, Lobbyisten und Bürokraten in der demokratischen Gesellschaft und um die Frage, ob das christliche Abendland eine Ideologie sei oder Wirklichkeit. Redner und Zuhörer, die eifrig diskutierten, waren so vielseitig wie möglich zusammengesetzt — und das jedesmalige Ergebnis für alle war, man hätte nie geglaubt, wie weitgehend man sich auch und gerade in den tieferen Beweggründen seines Handelns einig sei! Die von allen gleichermaßen geschätzten Werte des Friedens, der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und der Gemeinschaft erschienen ihnen erst in ihrem hellsten Licht. Und gerade diese Gemeinsamkeit in der Schätzung grundlegender Werte führt zur Ausbildung differenzierter Persönlichkeiten, zu gegenseitiger Achtung und wirkt jedem Konformismus entgegen. Von diesen Werten aus kommt man zu ihrer Interpretation, wie wir sie zum Teil in den Grundrechten vor uns haben, und zu immer weitergehender Interpretierung dieser Grundrechte beim Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates.

Konkrete Konsequenzen

Politische Bildung kostet Geld, vielleicht viel Geld — im ganzen aber nur einen kaum ausdrückbaren Bruchteil der materiellen Zerstörungen während der Irrsinnstaten des zweiten Weltkrieges. Die Finanzierung der politischen Bildungsarbeit muß eine feste Basis erhalten. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für Heimatdienst haben die Aufgabe der Verbreitung und Unterstützung der politischen Bildung im ganzen gut gelöst. Sie bedürfen allerdings viel größerer Mittel als bisher. Ein politisch gebildetes Volk ist der beste Dienst, den wir der Heimat leisten. Hier kann man im echten Sinne von einer Dienstpflicht sprechen, der wir uns alle freiwillig unterziehen sollten.

Die Volkshochschulen sollten einen gesetzlich fundierten Status erhalten. Schon bestehende Volkshochschulgesetze könnten für andere Länder beispielgebend sein.

Ein oft vernachlässigtes Instrument der Erwachsenenbildung sind die Bibliotheken. Das Ideal ist: Keine Gemeinde ohne öffentliche Bibliothek. Wenn man auch sehen sollte, ohne Bibliotheksgesetze auszukommen, so müssen Kommunal- und Länderparlamente freiwillig weit gebefreudiger werden, wenn es um die Hilfe für öffentliche Bibliotheken geht.

Ebenso wichtig ist der Einbau der politischen Bildung bei der Ausbildung von Bibliothekaren. Ihr Einfluß auf die Volkserziehung ist viel größer, als es nach außen hin scheint.

Der Hinweis auf die Unvollkommenheit der Ausbildung derjenigen, die politische Bildung vermitteln können, und die noch nicht völlig geklärte Begriffsbestimmung dessen, was politische Wissenschaft darstellt, darf keine Entschuldigung sein für die Vernachlässigung der politischen Bildung des Volkes überhaupt. Man komme nicht mit der pädagogisch klingenden Ausrede, hier gäbe es eine Gefahr der Halbbildung. Halbbildung gibt es nur da, wo die Arroganz des etwas Wissenden ihm vortäuscht, er wisse alles. Nicht vollständiges Verstehen ist in der politischen Bildung ungleich besser als vollständiges Nichtverstehen. Aber es ist ja auch nicht gesagt, daß die politische Bildungsarbeit auf dem heutigen Stand verharren müßte. Es ist im Gegenteil dringend notwendig, eine Stätte zu schaffen, die sich der Systematisierung und Vertiefung dieses Wissens- und Erziehungsgebietes der politischen Bildung annimmt und planmäßig Anregungen und Modellfälle schafft für die politische Erziehung. Das Beispiel der geplanten Politischen Akademie in Bayern neben anderen Institutionen mit ähnlichen Zielen — wie der Hochschule für Politik in Berlin — kann hier richtungweisend wirken. Nach den Vorschlägen für die Akademie in Bayern handelt es sich um eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung.

Ihr Zweck ist, die politische Bildung auf überparteilicher Grundlage zu fördern, zu vertiefen und das Gedankengut der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung zu pflegen. Als ihre Aufgaben werden genannt: a) die Erfahrungen der Politik und die Ergebnisse der politischen Wissenschaften für die politische Bildung auszuwerten; b) auf Tagungen für Staatsbürger Fragen der politischen Bildung unter Mitwirkung von Politikern und Wissenschaftlern zu erörtern; c) Seminare zur Weiterbildung der Berufsgruppen durchzuführen, die auf dem Gebiet der politischen Bildung tätig sind; d) die Ergebnisse solcher Tagungen auszuwerten sowie pädagogisch brauchbare Formen politischer Bildungsarbeit zu erproben; e) Schrifttum zur politischen Bildung anzuregen, zu sammeln und herauszugeben; f) mit allen Einrichtungen der politischen Bildung zusammenzuarbeiten, sie zu beraten und zu unterstützen; g) mit bestehenden Anstalten gleicher Zielsetzung im In- und Ausland Verbindung zu unterhalten.

Konkrete Aufgaben für die politische Bildung sind also etwa folgende:

Lehrstühle für politische Wissenschaften an jeder Universität und an den Pädagogischen Hochschulen einzurichten.

Verpflichtung für Studenten, Vorlesungen über politische Wissenschaften zu hören und an politischen Seminaren teilzunehmen.

WILLI EICHLER

Für alle Lehramtskandidaten: Prüfung in politischen Wissenschaften.

Für Lehrer ohne Ausbildung in politischer Bildung: Fortbildungskurse in diesem Fach.

Ausbau oder Einrichtung *öffentlicher Bibliotheken*, Ausbildung der *Bibliothekare* — politische Bildung stellt dazu besondere Anforderungen. Länder und Gemeinden müssen hier eng zusammenarbeiten.

Für die *Bundeszentrale für Heimatdienst* sind größere Mittel bereitzustellen. *Landeszentralen für Heimatdienst* müssen, wo noch nicht vorhanden, geschaffen werden. Auch hier sind größere Mittel nötig.

Volkshochschulgesetze in allen Ländern.

Zusätzlicher Urlaub für *Jugendleiter*.

Aufbau einiger *Modellakademien für politische Bildung*.

*

Zum Schluß ein Wort über die Politiker und ihren Anteil an politischer Bildung. Die ständige Ausbildung von politischen Nachwuchskräften durch die Politiker in ihrer praktischen Arbeit steht hier an erster Stelle. Aber noch wesentlicher ist etwas anderes. Schiller hat einmal den Politiker mit einem Uhrmacher verglichen. Dieser kann, um die Uhr zu reparieren, sie anhalten, auseinandernehmen und dann in Ruhe seine Arbeiten durchführen. Der Politiker kann seinen reparaturbedürftigen Gegenstand, das gesellschaftliche und politische Leben, nicht abstoppen und ungestört in Ordnung bringen. Er muß, wie Schiller sagt, die Uhr im Gehen behandeln. So wie die politische Bildung des Volkes auf seine Politiker wirkt, auf die politischen Institutionen und ihre Träger, so wirken diese auf die politische Bildung zurück, anregend oder abstoßend. Zwischen Politik und politischer Bildung besteht also eine unaufhebbare Wechselwirkung. Wir können deshalb der Schlußfolgerung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen nur zustimmen:

„Politische Jugenderziehung ist eine Voraussetzung guter Politik. Aber die politische Erziehung des Volkes im ganzen geschieht wesentlich durch die Politik selber. Deshalb werden die Bemühungen um politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkungen bewußt sind, die im Guten und Schlechten von ihrem Handeln ausgehen.“

KARL JASPERS

Wohl wird es sehr wichtig sein, daß man Verträge macht und daß man Einrichtungen trifft, die das äußere Unheil verhüten sollen. Aber all das würde doch eines Tages versagen, wenn die Menschen nicht da sind, deren Verantwortung den Gang der Dinge hält.

Wenn nicht alle, wenn nicht viele, wenn nicht einige einzelne, deren Dasein vorbildlich wirkt, den Gang der Dinge tragen, dann wird das Ende in wenigen Jahrzehnten gewiß sein. Wenn aber der Mensch als einzelner sich behauptet, darf er hoffen, mit der ihm wieder neu werdenden Gemeinschaft dem Untergang der Menschheit zu widerstehen, aber vielleicht nur so, daß er sittlich-politisch ein anderer wird in dem Maße, daß es wie eine Umkehr ist.